

Mittwoch (Vormittag), 15. September 2021 / Mercredi matin, 15 septembre 2021

Sicherheitsdirektion / Direction de la sécurité

66 2018.POM.612 Bericht RR

Analyse Verpflichtung und Vertragsdauer Kanton Bern in der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH). Bericht des Regierungsrates in Erfüllung der Motion 166-2018 «Finanzielle Verpflichtungen und Vertragsdauer Kanton Bern Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)»

66 2018.POM.612 Rapport CE

Analyse de la participation du canton de Berne à l'École intercantonale de police de Hitzkirch (EIPH). Rapport du Conseil-exécutif en réponse à la motion 166-2018 « École intercantonale de police de Hitzkirch : obligations financières du canton et durée du contrat »

Le président. Nous passons à l'affaire du point numéro 66 de l'ordre du jour. Il s'agit d'un rapport. Le débat est libre, la commission vous propose de prendre connaissance de ce rapport. Je laisse la parole à sa représentante, Mme la députée Gschwend-Pieren.

Planungserklärung SiK (Gschwend-Pieren, Kaltacker) – Nr. 1

Das vom Regierungsrat vorgesehene Vorgehen und die vorsorgliche Kündigung des Konkordatsvertrags per 2035 wird unterstützt.

Déclaration de planification CSéc (Gschwend-Pieren, Kaltacker) – n° 1

Le Grand Conseil soutient la procédure prévue par le Conseil-exécutif et la dénonciation du concordat à titre préventif pour une sortie fin 2035.

Planungserklärung SiK (Gschwend-Pieren, Kaltacker) – Nr. 2

Für die restliche Laufzeit ist in den Verhandlungen mit den Konkordatspartnern darauf hinzuwirken, dass

- das Eigenkapital nicht weiter erhöht wird;
- für die Gebäude, die nicht dem Ausbildungszweck dienen, keine Beiträge des Kantons Bern für Sanierungen vorgesehen werden oder dass die Polizeischule diese veräussert;
- von Seiten Konkordatspartnern die Gründe für die vorsorgliche Kündigung analysiert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die vor 2035 umgesetzt werden können.

Déclaration de planification CSéc (Gschwend-Pieren, Kaltacker) – n° 2

Définir les objectifs suivants pour les négociations avec les autres concordataires pour le restant de la durée de validité du concordat :

- ne pas augmenter le capital propre ;
- ne pas accorder de contributions du canton de Berne pour l'assainissement de bâtiments non destinés aux activités de formation ; envisager la vente de ces bâtiments par l'école de police ;
- faire réaliser par les parties au concordat une analyse des raisons de la dénonciation à titre préventif et faire élaborer des solutions pouvant être mises en œuvre avant 2035.

Planungserklärung SiK (Gschwend-Pieren, Kaltacker) – Nr. 3

Die SiK wird von der SID regelmässig über den Stand und den Inhalt der Verhandlungen informiert.

Déclaration de planification CSéc (Gschwend-Pieren, Kaltacker) – n° 3

La DSE informe régulièrement la CSéc de l'avancée et du contenu des négociations.

Andrea Gschwend-Pieren, Kaltacker (SVP), SiK-Sprecherin. Wir haben hier einen Bericht in Erfüllung einer Motion (M 166-2018), die in der Sommersession 2019 einstimmig mit 146 Stimmen überwiesen wurde, vorliegend. Die interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) gibt es seit 2004. Sie ist für die Grundausbildung von Polizisten verantwortlich. Das Konkordat umfasst 11 Kantone. Das sind, nebst dem Kanton Bern, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Solothurn, Schwyz, Uri und Zug. Jährlich gibt es zwei Grundausbildungslehrgänge für 200 bis 300 Absolvierende.

Mit dieser gemeinsamen Polizeischule haben sich die beteiligten Kantone vor allem eine Harmonisierung der Ausbildung und eine Verbesserung der Ausbildungsqualität, die verstärkte Nutzung von Synergien und auch eine Stärkung der Interoperabilität erhofft. Die erwarteten Vorteile aus der gemeinsamen Konkordatsschule sind aber nicht in erhofftem Mass eingetroffen. Das Mitspracherecht und die Einflussmöglichkeiten der Konkordatskantone blieben gering, während insbesondere für den Kanton Bern hohe Kosten anfielen. Aufgrund des Finanzierungsmodells trägt der Kanton Bern rund ein Drittel der Kosten der gesamten Schule, sprich rund 4,4 Mio. Franken der insgesamt 13 Mio. Franken pro Jahr, die als Folge von dringend notwendigen Sanierungsmassnahmen der Schulungsräume in den nächsten Jahren noch zunehmen werden.

In Erfüllung der SiK-Motion «Interkantonale Polizeischule Hitzkirch: Finanzielle Verpflichtungen und Vertragsdauer» (M 166-2018) legt der Regierungsrat dem Grossen Rat mit dem vorliegenden Bericht das Ergebnis einer externen Analyse der IPH zu möglichen Alternativen einer eigenen kantonalen Polizeischule und dem geplanten weiteren Vorgehen vor. Als Handlungsoptionen werden die Varianten «Verbleib im Konkordat mit weiterer Beteiligung an der IPH» und die Kündigung des Konkordatsvertrags mit dem Austritt aus dem Konkordat per Ende 2035 miteinander verglichen. Die Analyse dieser zwei Varianten zeigt, dass für den Kanton Bern ein Austritt aus dem Konkordat per Ende 2035 und der Führung einer eigenen Polizeischule ab 2036 – voraussichtlich in Ittigen – aufgrund der folgenden drei Kernargumente vorteilhafter wäre.

Erstens: Mit der Führung einer eigenen Polizeischule wird die praxisbezogene Ausbildung insgesamt verbessert, während sich gleichzeitig die Ausbildungszeit verkürzt. Ein Konkordatsausstieg führt damit zu einer höheren Ausbildungseffizienz. Nicht zu vergessen ist auch die geografische Lage, da unsere jungen Polizistinnen und Polizisten nach Hitzkirch pilgern müssen. Das ist eigentlich nachteilig für die ökologische Nachhaltigkeit. Zudem ist auch die Vereinbarkeit von Familie und der Polizeiausbildung ein Thema, wenn unsere Leute die ganze Woche ausserkantonale sein müssen.

Zweites Kernargument: Mit der Führung einer eigenen Polizeischule würden sich für den Kanton Bern die jährlich wiederkehrenden Kosten um schätzungsweise 2,3 Mio. Franken pro Jahr reduzieren.

Drittes Kernargument: Das Ziel des Konkordats der Einheitlichkeit der Polizeiausbildung ist eigentlich bereits erreicht und wird heute durch die anerkannten Vorgaben des Schweizerischen Polizei-Instituts (SPI) sichergestellt. Eine interkantonale Polizeischule ist dazu gar nicht mehr notwendig.

Aufgrund der für den Kanton Bern nicht in allen Teilen zufriedenstellenden Entwicklung der IPH soll zeitnah eine vorsorgliche Kündigung des Konkordats per Ende 2035 ausgesprochen werden. Diese Kündigung soll einerseits die Diskussion über die Optimierung der Schule und andererseits auch den Aufbau einer eigenen kantonalen Polizeischule beschleunigen.

Die Ausgestaltung der eigenen Polizeischule und der weitere Austausch mit den anderen Polizeikorps in der Ausbildung soll auf Basis der politischen Entscheide vom Grossen Rat in den folgenden Jahren im Detail erarbeitet werden, wobei die Nutzung von Synergien und der einheitliche Ausbil-

dungsplan wichtige Rahmenbedingungen bleiben. Die Option Ausstieg aus der IPH vor 2035 wird im Bericht nicht weiter vertieft, da dieser nur realisierbar wäre, wenn die Konkordatspartner bereit sind, konkret darüber zu verhandeln. Die vorzeitige Kündigung wäre Voraussetzung dafür, aber – wie bereits erwähnt – kaum möglich.

Ich komme noch zu den Planungserklärungen. Das sind drei Planungserklärungen der SiK. Die SiK will damit zum Ausdruck bringen, dass sie die Stossrichtung unterstützt, sprich: In der ersten Planungserklärung unterstützt die SiK die vorsorgliche Kündigung des Konkordatsvertrags per 2035.

In der zweiten Planungserklärung geben wir Rahmenbedingungen für die restliche Laufzeit dieses Vertrags vor. Wir wollen das Eigenkapital nicht weiter erhöhen und für die Sanierungen der Gebäude, die den Ausbildungszwecken dienen, keine Beiträge des Kantons Bern vorsehen. Wir wollen also dem Kanton Luzern nicht noch helfen, die maroden Gebäude mit zu finanzieren und von Seiten der Konkordatspartner die Gründe für die vorsorgliche Kündigung analysieren und Lösungsvorschläge erarbeiten, die vor 2035 umgesetzt werden können.

In der dritten Planungserklärung erwartet die SiK von der SID, regelmässig über den Stand und den Inhalt der Verhandlungen informiert zu werden. Die SiK beantragt dem Grossen Rat, alle drei Planungserklärungen zu unterstützen und den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Wenn ich schon hier vorne stehe, möchte ich noch ganz kurz die Gelegenheit nutzen, der Dame – Frau Hasani heisst sie, glaube ich – danke zu sagen, dass sie hier immer die Pulte putzt und die Hütchen wechselt. Ich denke, das ist eine grosse Arbeit, und weil hier in diesem Saal viel gesprochen wird, ist sie wirklich die ganze Zeit daran, nach vorne rennen, um das für uns zu machen. Vielen Dank. (*Applaus / Applaudissements*)

Le président. Ich bitte die Fraktionssprecher, direkt über den Bericht und die Planungserklärungen zu sprechen. Premier groupe inscrit : le groupe des vert' libéraux par la voix de M. le député Brönnimann.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp), Fraktionssprecher. Die grünliberale Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis, und zwar sehr positiv, und stimmt allen Planungserklärungen zu. Wir wollen hier wirklich die weitsichtige, vorausschauende Analyse der Regierung und vom Sicherheitsdirektor explizit verdanken. Das Jahr 2035 mag aus heutiger Sicht noch weit weg sein, aber Sie haben es gehört, Andrea Gschwend hat es Ihnen erläutert: Es geht um ganz, ganz grosse Gebäudesanierungen, die anstehen, und die werfen ihren Schatten voraus. Diese Investitionen fallen heute an, aber wirken natürlich weit über 2035 hinaus und belasten den Kanton Bern. Ich habe es noch selten erlebt, dass ein Thema in einer Kommission so à l'unanimité behandelt wurde, und das spricht doch für sich.

Ich wähle jetzt hier etwas direkte Worte: Man kann sich aus heutiger Sicht fast nicht mehr vorstellen, wieso der Kanton Bern damals das Konkordat eingegangen ist, denn es hat so viele Nachteile. Ich möchte sogar fast sagen, man hat sich damals etwas über den Tisch ziehen lassen. Ich weiss nicht, wer genau an diesem Tisch sass, ich weiss aber natürlich noch, wer damals zuständig war. Aber item, das ist Vergangenheit.

Das Positive ist, dass die Regierung das jetzt vorausschauend anpackt, und ich glaube, es ist wirklich nötig, dass der Kanton Bern hier seine Interessen vehement vertritt. Wenn man die Jahresrechnung dieser Institution angeschaut hat, hat man gemerkt, dass sie sogar im Corona-Jahr, in dem grosse Teile aus dem Weiterbildungsbereich weggebrochen sind, immer noch Gewinne geschrieben hat, immer noch das Eigenkapital aufbessern konnte. Das kann man nicht anders erklären, als dass einfach viel zu viele Beiträge bezahlt werden, unter anderem vom Kanton Bern, hauptsächlich vom Kanton Bern.

Das Corona-Jahr war auch sonst noch sehr, sehr lehrreich. Die Institution hat – und das möchte ich dann doch auch positiv lobend hervorheben – sehr rasch auf Online- und Fernunterricht umgeschaltet. Ich glaube, die meisten Berner, die in der Schule waren, waren fast glücklich, ist das so passiert. Man sollte jetzt das Positive mitnehmen und das unbedingt weiterführen. Sonst ist das echt ein Nachteil beim Rekrutieren für das Korps des Kantons Bern.

Le président. Avant de donner la parole à M. le député Klopfenstein, j'aimerais féliciter notre Geburtstagskind, M. le député Bruno Martin qui a son anniversaire aujourd'hui. (*Applaus / Applaudissements*)

Etienne Klopfenstein, Corgémont (UDC), porte-parole de groupe. Le rapport du Conseil-exécutif concernant l'Ecole de police d'Hitzkirch – l'Ecole intercantonale police d'Hitzkirch, suite à la motion déposée par la CSéc et acceptée à l'unanimité par notre Grand Conseil ; ça a provoqué des vagues. Le Conseil-exécutif a mandaté BDO pour faire une analyse de la situation. En 2004, le canton de Berne a signé un concordat avec dix autres cantons pour la formation des aspirants, donc de nos futurs policiers. Ce concordat court pour une durée de 35 ans. Depuis la signature de ce contrat, beaucoup de choses ont changé, notamment le nombre de personnes formées : en 2013, ils étaient 292 et entre 2016 et 2018, une moyenne de 187 personnes ont été formées, soit une diminution de 36 pour cent.

Le canton de Berne supporte un tiers du financement basé sur le nombre de personnes formées. L'importance du coût du corps de police est le nombre d'habitants de son canton. Le but du concordat était d'avoir plus d'harmonie entre les différents corps de police, de diminuer les coûts en formant des effectifs plus importants. C'était surtout important pour les cantons de Suisse centrale qui n'ont que très peu d'effectifs. A l'époque, les points négatifs n'ont pas été assez identifiés : spécificités entre les besoins, qui sont différents d'un canton à l'autre. Hitzkirch est très éloigné pour notre canton et les déplacements sont de 1 heure 30 à 2 heures dans bien des cas. Les bâtiments d'Hitzkirch sont sous protection, doivent être assainis et coûtent très cher à l'entretien, et cet entretien est supporté par tous les membres du concordat, mais peut-être que les retombées ne sont pas là. C'est surtout une bonne affaire pour le canton de Lucerne.

Les responsables d'Hitzkirch ont été informés que le canton de Berne désire donner la dédite du concordat pour le 31 décembre 2035. Le Conseil-exécutif annonce déjà maintenant cette décision, ce qui a provoqué des réactions. Une sortie avant la fin du concordat n'est pas idéale car elle serait compliquée, légalement pas défendable et sans économie pour le canton de Berne.

La CSéc a accueilli une délégation d'Hitzkirch qui est venue défendre son point de vue. Une certaine pression est présente, ce qui est assez positif pour nous. Actuellement, le canton de Berne pourrait économiser 2,3 millions de francs si la formation se faisait au niveau cantonal.

A Ittigen, nous avons déjà un centre de formation pour les francophones. Des investissements sont nécessaires pour un montant de 17 millions de francs qui sont déjà prévus dans la planification cantonale, ceci pour un entretien et une adaptation aux normes actuelles. Pour accueillir les nouveaux aspirants, il faudra prévoir un investissement supplémentaire de 13 millions de francs ce qui est tout à fait supportable. A l'unanimité, le groupe UDC vous recommande d'accepter ce rapport, ainsi que les trois déclarations de planification. Merci au Conseil-exécutif qui a très bien préparé ce dossier et merci à vous tous pour votre écoute.

Le président. Ich begrüsse auf der Tribüne die Schüler der 5. und 6. Klasse der Primarschule Messen. Seid willkommen und ich wünsche eine schöne Besichtigung des Rathauses. (*Applaus / Applaudissements*)

Pour le groupe du Centre, M. le député Rappa.

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Mitte-Fraktion wird selbstverständlich den Bericht einstimmig zur Kenntnis nehmen und dankt der Direktion für die Unterlagen und vor allem für die gute Arbeit. Auch bittet sie den Rat, die drei Planungserklärungen der SiK aufzunehmen. Der Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass die Verhandlungen mit dem Konkordat rasch konstruktiv geführt werden und die Position des Kantons Bern mit aller Deutlichkeit dann auch deponiert wird. Damit erhofft sich die Mitte auch, dass die Konkordatspartner nun auch kurzfristig Lösungsvorschläge erarbeiten und dem Kanton Bern unterbreiten. Man kann es auch – das passt jetzt irgendwie noch – mit dem fußballtaktischen Vokabular formulieren: Liebe Konkordatspartnerinnen und -partner, den befreienden Pass in die Tiefe des Raums haben wir gespielt. Jetzt liegt es an den Mitspielern, etwas Intelligentes damit anzufangen, um dann eventuell doch noch gemeinsam ein Tor

zu schießen, und zwar ein Goal zugunsten der Polizistinnen und Polizisten des Kantons Bern, den angehenden Polizistinnen und Polizisten des Kantons Bern, aber vor allem auch für das Portemonnaie des Kantons Bern.

Hans Schär, Schönried (FDP), Fraktionssprecher. Die Motion der SiK hatte den Auftrag, die finanziellen Verpflichtungen und die Vertragsdauer zu prüfen. Es kann ja nicht sein, dass die SiK der angespannten Lage in den nicht polizeiausbildungsbezogenen Bereichen nur zuschaut und nichts unternimmt. Im ausgearbeiteten externen Bericht kommen die Regierung und die SiK zum Schluss, den Vertrag, der bis 2035 Gültigkeit hat, vorsorglich zu kündigen. Mit der Führung einer eigenen Polizeischule wird diese praxisbezogene Ausbildung insgesamt verbessert, während sich die Ausbildungszeit sogar verkürzt. Ein Ausstieg aus dem Konkordat führt damit zu einer höheren Ausbildungseffizienz. Mit der Führung einer eigenen Polizeischule erhält der Kanton Bern einen finanziellen Mehrwert: Ab 2036, und somit nach Ablauf des Konkordatsvertrags, reduzieren sich die jährlich wiederkehrenden Kosten um schätzungsweise 2,3 Mio. Franken pro Jahr.

Das Ziel des Konkordats – die Einheitlichkeit der Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten – ist erreicht und wird heute durch die anerkannten Vorgaben des SPI sichergestellt. Eine interkantonale Polizeischule ist dazu gar nicht mehr nötig. Die geografische Lage der IPH in Hitzkirch löst bezüglich Spesen und Reisezeit enorme Kosten aus. Eine Ausbildungsstätte in der Region Bern könnte manche junge Person motivieren, in den Polizeiberuf einzusteigen. Vielleicht kommen wir dann noch mit dem Antrag für die Quereinsteigerfinanzierung, wie wir sie gestern im Pflegebereich hatten.

Im Bericht sind viele Detailinformationen aufgeführt, die interessante Handlungs- und Optimierungsmöglichkeiten aufzeigen. Wir von der FDP nehmen den Bericht positiv auf und empfehlen Ihnen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Einer vorsorglichen Kündigung des Konkordatsvertrags werden wir zu gegebener Zeit zustimmen. Ebenfalls stimmen wir allen Planungserklärungen zu.

Lydia Baumgartner, Jegenstorf (SP), Fraktionssprecherin. Eine Schulklasse, die sich am Tag der Demokratie ins Rathaus verschiebt, verspricht Hoffnung: Ihr seid unsere Zukunft, wir rechnen mit euch. Ich weiss, dass ihr auch noch einen anderen Grund habt, dass ihr da seid: Eure Lehrerin ist, glaube ich, in unseren Reihen. Aber danke für euer Interesse.

Nun zum Thema: Die SP-JUSO-PSA-Fraktion steht hinter dem Vorschlag des Regierungsrates, diesen Vertrag mit der IPH Hitzkirch vorzeitig zu kündigen und einerseits mit dem Konkordat Verhandlungen zu führen, andererseits parallel das Projekt «eigene Polizeischule», mit grösster Wahrscheinlichkeit am Standort Ittigen, für den Kanton vertieft anzuschauen. Wir unterstützen auch die Planungserklärungen der SiK. Das schon mal vorweg.

Warum nehmen wir diese Haltung ein? Es geht der SP-JUSO-PSA nicht allein um die Kosten, obwohl diese im interkantonalen Vergleich auch aus unserer Sicht sehr hoch sind. Das ist dem festgelegter Verteilschlüssel geschuldet. Wir wollen aber nicht die Kosten bei der Ausbildung drücken, wir wollen nämlich keine billige Polizeischule. Wir wollen gut ausgebildetes Personal bei der Kantonspolizei. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir das von der IPH auch immer erhalten haben und auch immer noch erhalten. Unsere Leute werden gut ausgebildet.

Vielmehr geht es uns um das gesamte Paket. Im Jahr 2004 wurde ein Vertrag über 30 Jahre abgeschlossen. Im Verlaufe der Jahre hat sich aber gezeigt, dass das starre Konstrukt des Konkordats, die suboptimale geographische Lage von Hitzkirch, eine Immobiliensituation, die überdimensioniert ist und das festgelegte Finanzierungsmodell grosse Nachteile aufweist. Es lässt ein wenig, bis gar keinen Spielraum, dynamisch und flexibel auf Veränderungen reagieren zu können, was wiederum nicht zeitgerecht ist.

Wir nehmen aber wohlwollend zur Kenntnis, dass das Konkordat an der diesjährigen Sitzung im April mit einem Projektauftrag beschlossen hat, im Jahr 2022 die künftige Ausgestaltung der IPH nach 2035 zu klären. Vielleicht ist ja der Druck des Kantons Bern für diesen Schritt nicht ganz unschuldig. Wer weiss, vielleicht ergeben sich bei dieser Klärung sogar Möglichkeiten, auch in Zukunft eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Das kann aus unserer Sicht sogar auch ein Modell im Teilbe-

reich sein. Die SiK wird vom Regierungsrat laufend über den Stand der Verhandlungen ins Bild gesetzt. Wir von der SP-JUSO-PSA werden den Prozess verfolgen.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Fraktionssprecher. Grossrätin Gschwend hat den Bericht sehr genau ausgeführt; zu ergänzen gibt es da eigentlich nur noch im Detail ein bisschen etwas. Vielen Dank. Ich möchte gleich sagen: Auch wir von der grünen Fraktion unterstützen den Bericht einstimmig, wir unterstützen auch alle drei Planungserklärungen einstimmig.

Aber ich möchte kurz Details zu den Zahlen sagen, die mir hier aufgefallen sind. Wir haben z. B. im Jahr 2009 36'000 Franken bezahlt, im Jahr 2018 haben wir 113'000 Franken bezahlt, um einen Polizisten auszubilden. 1045 Aspiranten und Aspirantinnen sind durch die Schule gegangen. Die Kosten entsprachen auch einem Drittel der Gesamtschule. Das waren irgendwie 54'000 oder 56'000 Franken – ich habe es nicht mehr genau im Kopf –, die uns die ganze Ausbildung pro Person gekostet hat. Interessant ist eigentlich, dass man, wenn man grosse Mengen kauft, auch eine kleine Preisreduktion erhält. Das ist hier in dem Sinne nicht der Fall, in der Marktwirtschaft ist das sonst das normale Vorgehen. Deshalb ist es eigentlich nicht nachvollziehbar, dass der Kanton Bern ein Drittel der Kosten bezahlen muss, auch wenn er ein Drittel der Aspirantinnen hat.

Zur Planungserklärung: Da bin ich schon ein wenig erschrocken – ich spreche von der Planungserklärung, in der es um das Eigenkapital geht. Da bin ich ein bisschen erschrocken, wenn man sagt, man solle das Eigenkapital nicht mehr weiter ausbauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Jahr 2016 hat die Schule ein Eigenkapital von 6,9 Prozent ausgewiesen. Vier oder fünf Jahre später sind es schon 23 Prozent, und wir hatten ein Krisenjahr mit Corona. Das geht klar nicht. Darum bitte ich Sie, wie es die grüne Fraktion auch macht, die Planungserklärungen 1, 2 und 3 anzunehmen.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU), Fraktionssprecherin. Wir haben von Andrea Gschwend einen ausführlichen Bericht und von meinen Vorrednern ganz viele Details gehört. Der Bericht zeigt klare Mängel und eine verzwickte Lage auf. Die EDU-Fraktion stützt die kritische Haltung des Regierungsrates und auch die vorsorgliche Kündigung dieses diesem unsäglichen Konkordatsvertrags. Wir erwarten künftig – aber eigentlich auch schon bald einmal – umgehende Korrekturen vonseiten der Konkordatspartner, denn eigentlich können alle profitieren, wenn man das jetzt schon und nicht erst ab 2035 angeht. Lösungen sind möglich, wenn man das will, und das ist auch die Haltung der SiK, die wir dazu diskutiert haben.

Auch die EDU bedankt sich für den Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis. Wir stützen auch klar die drei Planungserklärungen der SiK.

Hanspeter Steiner, Boll (EVP), Fraktionssprecher. Auch die Fraktion der EVP bedankt sich herzlich für den ausführlichen Bericht und nimmt die drei Planungserklärungen an. Was in der Vergangenheit vielleicht nicht so der Fall war, ist, dass der Kanton Bern hier als der grösste Besteller von der Schule stark genug aufgetreten ist. Das ist das, was sich auch die EVP wünscht: dass wir hier in Zukunft stärker auftreten, auch schon gerade, was die nächsten – doch noch – 13, 14 Jahre betrifft, in denen wir noch an den Vertrag gebunden sind, sodass man dort Verbesserungen hinbekommt.

Wir begrüssen die Weitsicht, wünschen uns aber für die Zukunft dieser Schule auch, dass wir die beste Lösung anstreben. Es muss nicht zwingend sein, dass wir alleine eine Schule führen. Wir wünschen uns Offenheit, auch gegenüber benachbarten Kantonen, ob dann allenfalls auch eine neue Form eines neuen Konkordats möglich wäre. Aber wir aufpassen müssen, dass man nicht mehr solche – ja, man kann fast sagen – Knebelverträge bindet, wie wir das hier in diesem Konkordat gemacht haben. Insbesondere wünschen uns wir auch, dass eine Polizeischule in Zukunft familienfreundlicher ist, damit auch die Zunahme der Frauen bei der Polizei noch grösser werden darf. Dazu trägt eine auswärtige Schule wahrscheinlich wirklich nicht so viel bei.

Philippe Müller, SID-Direktor. Ich möchte mich zuerst für die positive Aufnahme dieses Berichts und namentlich bei der Kommissionssprecherin für die detaillierte Darlegung bedanken. Wenn ich vielleicht gleich an das anschliessen kann, was als Letztes gesagt wurde: Die Polizeischülerinnen, Polizeischüler und die Polizeiinteressentinnen und Polizeiinteressenten sind natürlich mitunter ein

wesentlicher Grund für diesen Schritt. Es ist auch so, dass wir bei der neuen Polizeischule keine Unterkunft mehr vorsehen würden, und zwar unter anderem aus dem Grund, dass bei einer Universität oder einer Fachhochschule auch nicht einfach eine Unterkunft angeboten wird.

Ihre guten Darlegungen machen es mir etwas einfacher, ich kann mich ein bisschen kürzer fassen. Gestützt auf die Ergebnisse der Analyse und unter Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen beantragt der Regierungsrat eine vorsorgliche Kündigung des Konkordats auf Ende der jetzigen Vertragsdauer. Es wurde Ende 2035 gesagt, vorher ist es rechtlich nicht möglich. Die Kündigungsfrist aus dem Konkordat beträgt übrigens 2 Jahre. Wir hätten also bis 2033 mit der Kündigung warten können. Mit dieser vorsorglichen Kündigung sollen nun aber die konkreten Verhandlungen mit den Konkordatspartnern der Schule rasch aufgenommen werden. Solange keine Kündigung erfolgt ist, erachtet der Regierungsrat die Verhandlungen als zu wenig ernsthaft und nicht zielführend. Nach einer erfolgten Kündigung können wirklich Verhandlungen mit den Konkordatspartnern geführt werden. Das Ergebnis ist offen. Wenn es eine neue Schule gibt, ist die Idee – wie das vorhin auch schon angetönt wurde –, dass sich andere Kantone auch beteiligen könnten.

Der Regierungsrat beabsichtigt, unter Berücksichtigung Ihrer Entscheide von heute, dies dem Grossen Rat an der nächsten Session vorzulegen. Der Regierungsrat begrüsst deshalb auch die drei Planungserklärungen der SiK vollumfänglich und bittet Sie, diesen zuzustimmen. Sie entsprechen den Absichten, die der Regierungsrat von Anfang an hatte.

Le président. Nous allons voter sur ce rapport et ses déclarations de planification à l'affaire du point numéro 66 : les député-e-s qui acceptent la déclaration de planification numéro 1 de la commission votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2018.POM.612

Planungserklärung Nr. 1

Déclaration de planification n° 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui 149

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Le président. Vous avez accepté cette déclaration de planification numéro 1 à l'unanimité.

Nous passons à la deuxième déclaration de planification de la commission : les député-e-s qui l'acceptent votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2018.POM.612

Planungserklärung Nr. 2

Déclaration de planification n° 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui 147

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Le président. Vous l'avez également accepté à l'unanimité par 147 oui.

Nous passons maintenant à la troisième déclaration de planification de la commission : les député-e-s qui l'acceptent votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2018.POM.612

Planungserklärung Nr. 3

Déclaration de planification n° 3

Annahme / Adoption

Ja / Oui 148

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Le président. Vous l'avez également acceptée à l'unanimité.

Nous votons à présent sur le rapport, affaire du point numéro 66 : les député-e-s qui acceptent de prendre connaissance de ce rapport avec les trois déclarations de planification votent oui, celles et ceux qui refusent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2018.POM.612: Kenntnisnahme mit überwiesenen Planungserklärungen /
prise de connaissance avec les déclarations de planification adoptées

Annahme / Adoption

Ja / Oui 149

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Le président. Vous avez également accepté ce rapport de l'affaire du point numéro 66 de l'ordre du jour à l'unanimité.